



Nr. 2

22. Januar 2015

Inhalt

[Sozial- und Erziehungsdienst: dbb startet](#)

[„Wertschätzungstage“+++](#)

[dbb jugend beteiligt sich an Holocaust-Gedenken in Auschwitz+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[tbb setzt Gespräche mit neuer Landesregierung fort+++](#)

[Beamtenpensionen in Rheinland-Pfalz: dbb kritisiert](#)

[„Rosinenpicker“ der Landesregierung+++](#)

[Mindestlohn: BDZ gegen Aufweichen der Aufzeichnungspflicht+++](#)

[VBOB fordert klare Regelungen für Einsatz von V-Leuten+++](#)

[DPolG kritisiert geplanten Bundespolizei-Einsatz bei](#)

[Pegida-Demos+++](#)

[GdS: Gesetzliche Krankenversicherung gerecht finanzieren+++](#)

[VBE: Lehrermangel nicht länger verschleiern+++](#)

[DSTG kritisiert Abgeltungssteuer+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Sozial- und Erziehungsdienst: dbb startet „Wertschätzungstage“

(dbb) Im Frühjahr 2015 starten die Tarifverhandlungen für verbesserte Beschäftigungsbedingungen im Sozial- und Erziehungsdienst. Im Vorfeld hat der dbb mit seinen Fachgewerkschaften eine Veranstaltungsreihe organisiert: Bei den „Wertschätzungstagen“ diskutieren die Beschäftigten über ihnen besonders wichtige Anliegen. „Es muss unser Anspruch sein, dass kein Mensch auf der Strecke bleibt“, so dbb Verhandlungsführer Andreas Hemsing. „Das gilt nicht nur für die Erziehung der Kleinsten oder die Unterstützung für Hilfebedürftige. Das gilt auch für die Beschäftigten, die diese Leistungen jeden Tag erbringen und dabei nicht nur körperlich ans Limit gehen.

Sie verdienen endlich echte Wertschätzung.“ Bei den „Wertschätzungstagen“ werden die von der dbb Bundestarifkommission im Dezember 2014 beschlossenen Eckpunkte mit den Mitgliedern rückgekoppelt, um in den Tarifverhandlungen passgenaue Lösungen zu erreichen, erklärte Hemsing. Neben grundsätzlichen Fragen zur Eingruppierung werde es bei den Verhandlungen auch um die Aktualisierung von Tätigkeits- und Heraushebungsmerkmalen gehen. „Die Berufsbilder im Sozial- und Erziehungsdienst sind in den letzten Jahren psychisch und physisch immer anspruchsvoller geworden“, sagte Hemsing. Daher müsse auch

das Gesundheitsmanagement verbessert werden.

Die „Wertschätzungstage“ haben am 15. Januar 2015 in Weiden begonnen. Es folgten Veranstaltungen in Frankenthal (20. Januar) und Peine (22. Januar). Weitere Termine sind Brandenburg an der Havel (23. Januar), Aachen (27. Januar), Saarlouis (28. Januar) und Mönchengladbach (4. Februar). Alle Informationen zu den Tarifverhandlungen für den Sozial- und Erziehungsdienst hat der dbb auf einer Sonderseite unter dbb.de/sozial-und-erziehungsdienst gebündelt. (01/02/15)

dbb jugend beteiligt sich an Holocaust-Gedenken in Auschwitz

(dbb) Die dbb jugend wird sich in Polen am Holocaust-Gedenken anlässlich der Befreiung des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz vor 70 Jahren beteiligen: In Krakau und Auschwitz kommen vom 24. bis 27. Januar 2015 rund 1.500 Vertreterinnen und Vertreter aus deutschen, israelischen, polnischen, österreichischen und tschechischen Jugendverbänden und -organisationen zusammen.

In Arbeitsgruppen diskutieren sie, „wie das Erinnern zeitgemäß gestaltet werden kann. Als Jugendverbände übernehmen wir gemeinsam Verantwortung, Erinnerung und Gedenken an den Holocaust aufrecht zu erhalten. Das Damals zu verstehen, um im Heute handeln zu können, ist Ziel unserer Erinnerungsarbeit“, sagt Immanuel Benz, stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR), der die Federführung für die deutsche Delegation übernommen hat.

„Damit alle Teilnehmenden sensibel mit den unterschiedlichen Perspektiven auf das Verbrechen an Millionen Menschen umgehen, hat ein internationales Team das Treffen vorbereitet“, erläutert dbb jugend-Chefin Sandra Kothe, die für die dbb jugend nach Polen reisen wird. „Zu Beginn des Treffens beschäftigen wir uns noch einmal mit den historischen Fakten. Jede und

jeder setzt sich auch damit Auseinander, was Auschwitz für sie oder ihn persönlich bedeutet. Daraus entsteht eine Diskussion, welche Rolle und Aufgabe Verantwortliche in Jugendorganisationen haben, aus den Verbrechen der Nationalsozialisten zu lernen.“

Am 26. Januar fahren schließlich alle Teilnehmer des Treffens zur Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau und halten dort am 27. Januar 2015 eine gemeinsame Gedenk-Zeremonie ab. Geplant sind außerdem Gespräche mit Zeitzeugen. „Das Treffen ist eine große Herausforderung, aber zugleich eine riesige Chance im Kampf gegen Rassismus und Hass und für eine vielfältige Gesellschaft“, so Kothe. (02/02/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

tbb setzt Gespräche mit neuer Landesregierung fort

(dbb) Der beamtenbund und tarifunion thüringen (tbb) hat seine Gespräche mit der neuen Landesregierung fortgesetzt. Nach einem Gespräch mit dem neuen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow Anfang Januar traf tbb-Chef Helmut Liebermann am 20. Januar 2015 Finanzministerin Heike Taubert und einen Tag darauf Innenminister Holger Poppenhäger.

Hauptthema des Gesprächs mit der Finanzministerin war die anstehende Einkommensrunde für die Länder. Taubert wies die Forderungen der Gewerkschaften als nicht verkraftbar für Thüringen zurück. Auch zur Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamten könne sie noch keine Angaben machen. „Unsere Forderungen sind begründet und realistisch. Zur angemessenen Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes gehört deren Erfüllung“, machte Liebermann deutlich.

Mit dem Innenminister diskutierte Liebermann über eine mögliche Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen. Poppenhäger teilte mit, dass die Strukturen der Thüringer Landesverwaltung für die neue Landesregierung auf dem Prüfstand stünden und es bis zum Ende der Legislaturperiode zu Veränderungen kommen solle. Die bewährte Zusammenarbeit der früheren Landesregierung mit den Gewerkschaften einschließlich des tbb werde dazu fortgesetzt. (03/02/15)

Beamtenpensionen in Rheinland-Pfalz: dbb kritisiert „Rosinenpicker“ der Landesregierung

(dbb) Die angekündigte gestaffelte Anhebung der allgemeinen Pensionsaltersgrenze für Beamtinnen und Beamte im Landes- und Kommunaldienst hat der dbb rheinland-pfalz am 21. Januar 2015 als faktische Pensionskürzung der Beamten im Landes- und Kommunaldienst bewertet. Die Landesregierung verschärfe die einseitige Belastung der Betroffenen durch „Rosinenpickerei“, in dem sie nur die Maßnahmen aus der gesetzlichen Rentenversicherung wirkungsgleich in das Beamtenversorgungsrecht übertrage, die zu weiteren Einsparungen führen.

Der dbb rheinland-pfalz konnte bereits erreichen, dass die ursprünglich vorgesehene Anhebung der Pensionsaltersgrenzen im besonders belastenden Justizvollzugsdienst sowie die anfangs geplante Streichung des Ausgleichsgeldes für besondere Altersgrenzen im Polizei-, Feuerwehr- und Justizvollzugsdienst für vorhandenes Personal gestrichen wurden. Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz sagte aber: „Wir fordern, Beamte gleichermaßen auch an den Verbesserungen im Rentenrecht zu beteiligen, insbesondere an der sogenannten Mütterrente für vor 1992 geborene Kinder. Wir fordern außerdem die Anpassung von Besoldung und Versorgung der Beamten an die Tarifentwicklung für die Arbeitnehmer im öffentlichen Landesdienst.“

Für ihre Kritik an der Hinhaltenaktik der Landesregierung hinsichtlich der seit Mai 2014 angekündigten Abkehr von der Ein-Prozent-Deckelung bei der Besoldung und Versorgung der Landes- und Kommunalbeamten erhielt der dbb Landesbund Unterstützung von der CDU-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag. Im Gespräch mit der dbb Landesleitung am 20. Januar 2015 unterstrichen die Abgeordneten, dass unattraktive Bedingungen ausschlaggebend seien für den sich abzeichnenden Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz. Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz sagte, dass die Landesregierung mit der mehrjährigen Deckelung auch vorhandenes Personal brüskiert habe. Sie bekräftigte die Forderung an die Regierung, als Sofortmaßnahme mindestens die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des im Frühjahr erwarteten Ergebnisses

der Tarifverhandlungen für die Arbeitnehmer des öffentlichen Landesdienstes für die Beam-

ten und Pensionäre zuzusagen.
(04/02/15)

Mindestlohn: BDZ gegen Aufweichen der Aufzeichnungspflicht

(dbb) Die Absicht von Teilen der Unionsfraktion im Bundestag, das Mindestlohngesetz aufzuweichen und Korrekturen bei der Aufzeichnungspflicht vorzunehmen, ist bei der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) auf Unverständnis gestoßen. Die Politik dürfe die Beschäftigten nicht davon abhalten, ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen und die engagierte Arbeit der Zöllnerinnen und Zöllner in Unwissenheit zu kritisieren, erklärte BDZ-Bundesvorsitzender Dieter Dewes am 19. Januar 2015.

Dewes bezog sich damit auf die jüngsten Äußerungen des CDU-Fraktionsvize Michael Fuchs gegenüber „Bild am Sonntag“, der dieser sagte: „Überall fehlen Polizisten. Aber wir stellen jetzt 1.600 Zöllner ein, um den Unternehmern beim Mindestlohn auf die Finger zu schauen. Das versteht doch kein Mensch.“ Der BDZ-Chef kritisiert diese Äußerungen als „verbale Entgleisungen“, die eine Richtigstellung verlangten: „Offensichtlich ist Herrn Fuchs nicht bewusst, dass die Finanzkontrolle Schwarzarbeit einen gesetzlichen Auftrag erfüllt und der Haushaltsgesetzgeber aus guten Gründen zusätzliche Einstellungen beschlossen hat.“ Wenn dem Zoll eine Aufgabe übertragen werde,

müsse ausreichend Personal zur Verfügung gestellt werden.

Auch nach der Aufstockung um rund 1.600 Beschäftigte beim Zoll zur Kontrolle des Mindestlohns sei das Personal immer noch zu knapp bemessen. „Die Beweggründe von Herrn Fuchs dafür, die Personalstärke der Finanzkontrolle Schwarzarbeit in Frage zu stellen, sind mir schleierhaft“, so Dewes. Dieser vergleiche „Äpfel mit Birnen“ und spiele Zöllner und Polizisten in populistischer Manier gegeneinander aus. Das grenze an Unverfrorenheit.
(05/02/15)

VBOB fordert klare Regelungen für Einsatz von V-Leuten

(dbb) Der Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB) fordert gesetzliche Regelung, um die rechtliche Situation bei Anwerbung und Einsatz von V-Leuten durch die deutschen Nachrichtendienste zu klären. Der VBOB-Bundesvorsitzende Hartwig Schmitt-Königsberg teilte am 21. Januar 2015 mit, dass der jetzige Zustand unzumutbar und unhaltbar sei. Es sei unverzichtbar und zeitlich dringend, Beamtinnen und Beamte des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundesnachrichtendienstes gesetzlich so abzusichern, dass sie ihre Arbeit nicht in einer juristischen Grauzone verrichten müssten.

„Die Politik darf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Geheimdienstarbeit nicht im Regen stehen lassen. Heute nimmt sie wissend in Kauf, dass die Beschäftigten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben auch zur Abwehr terroristischer Straftaten der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt sind“, kritisierte Schmitt-Königsberg. In den Dienststellen herrsche große Verunsicherung. Der VBOB unterstützt deshalb auch aus gewerkschaftlicher Sicht die Forderung der Dienste nach einer klaren gesetzlichen Grundlage für den Einsatz von V-Leuten.

Hartwig Schmitt-Königsberg verweist auf die aktuell besonders hohe Herausforderung in der Abwehr von Gefahren: „Die aktuelle Gefährdungslage durch den islamistischen Terrorismus führt uns vor Augen, dass wir gut aufgestellte und funktionierende und keine verunsicherten Sicherheitsbehörden brauchen. Hierfür muss die Politik diesen Behörden auch das erforderliche Rüstzeug an die Hand geben. Sie kann nicht Informationen erwarten, für deren Gewinnung die Mitarbeiter strafrechtlich belangt werden können, weil das Parlament es bisher versäumt hat, eine Rechtsgrundlage zu schaffen.“

Nach juristischer Einschätzung des VBOB ist der Einsatz von V-Leuten in den Nachrichtendiensten des Bundes derzeit sehr schwierig und problematisch. Die Beschäftigten könnten sich womöglich wegen „Anstiftung oder Beihilfe“ strafbar machen. Die Problematik ist im Zusammenhang mit einem Urteil des Oberlandesgerichtes Düsseldorf aus dem Jahr 2011 virulent geworden. In diesem Urteil hat das Gericht die Auffassung vertreten, dass der Einsatz einer Quelle des BND in der türkischen

terroristischen Organisation DHKP-C durch die geltende Rechtslage nicht gedeckt sei. Die Situation spitzte sich 2014 zu, als zwei Juristen der Generalbundesanwaltschaft in einem Fachaufsatz darlegten, dass der Einsatz von V-Leuten durch die Nachrichtendienste den Straftatbestand der Unterstützung terroristischer und krimineller Vereinigungen erfüllen könnte, weil es an einer Rechtsgrundlage fehle. (06/02/15)

DPoIG kritisiert geplanten Bundespolizei-Einsatz bei Pegida-Demos

(dbb) Bundeskanzlerin Angela Merkel hat den Bundesländern das Angebot gemacht, die Bundespolizei zum Schutz der Pegida-Demonstrationen einzusetzen. „Selbstverständlich kann die Bundespolizei das Unterstützungs-Angebot der Bundeskanzlerin an die Länder zur Aufrechterhaltung des Grundrechtes auf Demonstrationsfreiheit leisten“, sagte der Vorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Ernst G. Walter am 20. Januar 2015. „Aber da Bundespolizisten nun einmal nicht auf Bäumen wachsen, werden dafür andere Aufgaben zurückstehen müssen.“

Es könne nicht sein, dass die Kolleginnen und Kollegen angesichts der Ende Januar beginnenden Fußball-Wochenenden von diesen Einsätzen nahtlos zum Schutz von Demonstrationen weiterfahren würden und „gar nicht mehr aus den Stiefeln kommen“. Ohne die wöchentlichen Fußball-Einsätze mit jeweils etwa 3.000 Bundespolizisten radikal zu reduzieren, werde es nicht möglich sein, dem berechtigten Anliegen der Bundeskanzlerin im vollen Umfang zu folgen. „Nun rächt sich der durch das Spardiktat der Politik vollzogene radikale Personalabbau bei den Länderpolizeien“, sagte Walter. Insbesondere kritisiert er, dass die Länder zur Haushaltssanierung ihre Bereitschaftspolizeien reduziert oder aufgelöst hätten und sich nun

bei der Bewältigung von Landes-Einsatzlagen auf die ohnehin überlastete Bundespolizei verlassen.

Laut Walter fehlen der Bundespolizei in den nächsten drei Jahren bereits 2.800 Polizisten, um die Tagesaufgaben zu erledigen. „Die Bundesregierung sollte zur Entlastung dafür sorgen, dass die Deutsche Bahn und die reichen Fußballverbände verstärkt selbst für die Sicherheit ihrer Kunden aufkommen. Der Einsatz von privaten Zugbegleitern zur Sicherheit der eigenen Züge ist jedenfalls sinnvoller als weiterhin private Sicherheitsfirmen zur Terrorabwehr an den Flughäfen einzusetzen.“ (07/02/15)

GdS: Gesetzliche Krankenversicherung gerecht finanzieren

(dbb) Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS), Maik Wagner, hat am 9. Januar 2015 eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gefordert. „Bereits heute ist absehbar, dass vor dem Hintergrund schmelzender Rücklagen der gesetzlichen Krankenkassen ein durchschnittlicher Zusatzbeitrag von 0,9 Prozent nicht zu halten sein wird“, sagte Wagner. „Lohnsteigerungen, die wir für unsere Mitglieder an den Tariftischen erstritten haben, werden den Arbeitnehmern wieder genommen, da sie über den Zusatzbeitrag allein die steigenden Kosten im Gesundheitswesen zu schultern haben. Dieses Ungleichgewicht ist den Versicherungen auf Dauer weder zu vermitteln noch zuzumuten.“

Hintergrund der Forderung ist das „GKV-Finanzstruktur- und Qualitätsweiterentwick-

lungsgesetz“, das seit dem 1. Januar 2015 in Kraft ist. Der bisherige Sonderbeitrag von 0,9

Prozent, der allein von den Arbeitnehmern getragen wurde, wird durch einen kassenindividuellen, einkommensabhängigen Zusatzbeitrag ersetzt – der aber ebenfalls arbeitnehmerfinanziert ist. Besonders kritikwürdig ist aus Sicht der GdS, dass der Arbeitgeberanteil zur Krankenversicherung weiterhin bei 7,3 Prozent eingefroren bleibt, während sämtliche Beitragserhöhungen ausschließlich zu Lasten der Arbeitnehmer gehen werden. Die von der GdS geforderte paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung rücke bei den zu erwartenden Kostensteigerungen im Gesundheitswesen in weite Ferne. Die schon jetzt bestehende Schere zwischen Arbeitgeber-

und Arbeitnehmeranteil werde in Zukunft noch weiter auseinandergehen.

Ob der neue einkommensabhängige Zusatzbeitrag im Wettbewerb unter den Kassen die richtigen Anreize setzt, dürfe darüber hinaus angezweifelt werden. „Die Krankenkassen erlangen wieder mehr Beitragsautonomie. Diese neue Entscheidungsfreiheit dürfen sie jedoch auf keinen Fall dazu missbrauchen, um Kostenersparnisse auf dem Rücken ihrer Beschäftigten zu erzielen“, warnte der GdS-Bundesvorsitzende.
(08/02/15)

VBE: Lehrermangel nicht länger verschleiern

(dbb) „Der Lehrermangel ist nicht vom Himmel gefallen“, sagte Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), mit Blick auf die am 20. Januar 2015 vorgestellte Studie zum MINT-Lehrerbedarf. Mit „MINT-Fächern“ sind die Bereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik gemeint. „Nach wie vor setzen die Länder auf den ‚Schweinezyklus‘ und verschleiern mittels nicht nachvollziehbarer Prognosen den wirklichen Bedarf. Es gibt nicht nur im MINT-Bereich zu wenig Berufsnachwuchs. Auch für die musischen Fächer und für Sport fehlen seit Jahren Fachlehrer“, kritisiert Beckmann.

Es sei völlig unakzeptabel, dass Schulen nur ungenügend ihrem Bildungsauftrag nachkommen könnten. Die Länder würden auf Arbeitsverdichtung setzen, so Beckmann, um Lehrer-einstellungen zu umgehen. „Hinzu kommen die Bezahlung nach Schulstufen und damit die

Verweigerung einer Anerkennung der Gleichwertigkeit von Lehrerarbeit. In der Folge gehört ein Lehramtsstudiengang nicht zur ersten Wahl bei leistungsstarken Abiturienten.“
(09/02/15)

DSTG kritisiert Abgeltungssteuer

(dbb) Am 19. Januar 2015 hat die Deutsche Steuergewerkschaft (DSTG) mit einem Treffen mit der Freiburger Bundestagsabgeordnete Kerstin Andreae (Grüne) ihre politischen Gespräche in diesem Jahr begonnen. Andreae ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion und stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages. Im Vordergrund des Gespräches standen die Themen Erbschaftsteuer, Grundsteuer und auch die Zukunft der Abgeltungssteuer.

Bei der Erbschaftsteuer muss es nach Auffassung des DSTG-Bundesvorsitzenden und stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden Thomas Eigenthaler zukünftig in zahlreichen Fällen zu einer höheren Besteuerung kommen. Hintergrund ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts nach dem die derzeitigen „Verschönungsregelungen“ bei Betriebsvermögen gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen. Das Gericht forderte für die Zukunft eine eingehen-

de „Bedürfnisprüfung“ im Hinblick auf eine Verschönerung. Eine „Bedürftigkeit“ dürfte nach Einschätzung der DSTG jedoch nur im Ausnahmefall gegeben sein.

Auch wegen der bei der Grundsteuer zugrunde liegenden Einheitsbewertung sind Verfahren beim höchsten deutschen Gericht anhängig. Da diese Einheitswerte in den alten Bundesländern auf 50 Jahre alten, in den neuen Ländern sogar auf 80 Jahre alten Werten beruhen,

ist laut DSTG auch hier mit einer kritischen Bewertung durch das Verfassungsgericht zu rechnen. Kritisch seien die Folgen: Nach Ansicht aller Fachleute sei in den Finanzämtern kein Personal für eine umfassende Neufeststellung von Einheitswerten vorhanden. Die DSTG hat daher in einer Stellungnahme an das Gericht einen „Vereinfachungsvorschlag“ gemacht.

Kritische Worte fand Eigenthaler zur Abgeltungssteuer auf private Kapitaleinkünfte. Die damit verbundene Limitierung des Steuersatzes auf 25 Prozent stelle – vor allem bei hohen Kapitaleinkünften – eine nicht gerechtfertigte Privilegierung gegenüber anderen Einkunftsarten dar. Spätestens mit dem Einsetzen des internationalen Datenaustausches 2017 entfällt nach Auffassung der DSTG die Rechtfertigung für eine solche Ungleichbehandlung.
(10/02/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) Am 19. Januar 2015 wurden zwischen der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und der Deutschen Bahn die Tarifgespräche fortgesetzt. Am Tag der Verhandlungen zeigte sich der **GDL-Chef und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Claus Weselsky** im „ARD Morgenmagazin“ entschlossen, für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Kollegen einzutreten. Bereits im Dezember 2014 hat die GDL einen Durchbruch erzielt: Sie hat den ersten Tarifvertrag für all ihre Mitglieder des DB-Zugpersonals abgeschlossen, und zwar über eine Einmalzahlung für das vergangene Halbjahr. Nun gehe es insbesondere um Verbesserungen bei den Arbeitszeitregelungen, aber auch um mehr Entgelt. Die GDL fordert in ihrem Flächentarifvertrag die Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde auf die 39-Stunden-Woche, eine Verbesserung des Schichtrhythmus sowie eine Überstundenbegrenzung.

wolle „ganz deutlich demonstrieren, was wir von Sonderopfern, Nullrunden, Besoldungsdeckelung, Stellenstreichungen und Beihilfekürzungen halten“.

Aktuelles aus den Reihen der **dbb jugend** gibt es seit dem 16. Januar 2015 auch via App für mobile Endgeräte. Egal ob Android oder Apple – das Tool funktioniert auf beiden Systemen und ist gratis für alle. dbb jugend-Chefin Sandra Kothe: „Die Idee, eine App für mobile Endgeräte anzubieten, war auf dem dbbj-Tarifseminar 2014 entstanden und wurde jetzt und ganz schnell mit Unterstützung der komba jugend umgesetzt. Jetzt gibt es uns aktuell auch jederzeit ‚to go‘ – wie sich das im digitalen Zeitalter auch gehört.“

Der bayerische Finanzminister Markus Söder hat sich bei einer Veranstaltung am 14. Januar 2015 deutlich zur Einkommensrunde 2015 geäußert. Es ist das erklärte Ziel der Staatsregierung, das Tarifergebnis 1:1 systemkonform auf die Beamten in Bayern zu übertragen. Das teilte der **Bayerische Beamtenbund (BBB)** auf seiner Internetseite mit.

Nach dem **Entgelttarifvertrag Charité** (ETV-Charité) erhalten alle Beschäftigten der Entgeltgruppen bis einschließlich EG 9 (Kr 9d) seit dem 1. Dezember 2014 die vollen Entgelte der entsprechenden TVöD-VKA-Tabelle. Da diese zum 1. März 2015 um 2,4 Prozent angehoben werden, gelten diese Erhöhungen auch für die Entgelttabellen der Charité. Beschäftigte bis einschließlich EG 9 (Kr 9d) erhalten damit ab dem 1. März 2015 ebenfalls 2,4 Prozent mehr Entgelt. Die neuen Entgelttabellen sind auf dbb.de im Bereich „Service“ unter „Entgelttabellen und Beamtenbesoldung“ abrufbar.

Der **dbb Hessen** ruft die hessischen Landesbeamten für den 3. Februar 2015 zu einer Kundgebung in Wiesbaden auf. An diesem Tag wird im Hessischen Landtag der Haushalt 2015 verhandelt und beschlossen. „Unsere Landesregierung muss wissen, dass ihre Konsolidierungspläne zur Haushaltssanierung auf dem Rücken ihrer Beamtinnen und Beamten in Hessen völlig kontraproduktiv und gefährlich sind“, heißt es im Aufruf des dbb Landesbunds. Man

Die Tarifverhandlungen mit der AMEOS Krankenhausgesellschaft Niedersachsen mbH haben in der dritten Runde zu einem Ergebnis geführt. Vereinbart wurde die Wiedereinsetzung der durch AMEOS gekündigten Tarifverträge rückwirkend zum 1. Januar 2014, eine Entgelteerhöhung und eine Einmalzahlung. Hauptanliegen des **dbb für seine Mitgliedsgewerkschaft GeNi** sind weiterhin die Rück-

kehr zum Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD), Regelungen zur Beschäftigungssicherung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über 2016 hinaus sowie die Begrenzung der Leiharbeit.

Die Jugend des **dbb sachsen-anhalt und die Deutsche Polizeigewerkschaft** (DPoIG) haben sich am 17. Januar 2015 in Magdeburg an der „Meile der Demokratie“ mit einem Stand beteiligt. Unter dem Motto „Magdeburg ist kein Ort für Nazis“ wurde auf der inzwischen

„7. Meile der Demokratie“ ein Zeichen für Vielfalt und Toleranz und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gesetzt. Wolfgang Ladebeck, dbb Landeschef, zeigte auf der Meile auch in diesem Jahr wieder Gesicht und sagte: „Ich bin von Schönebeck nach Magdeburg gekommen, um für Toleranz, Weltoffenheit und Frieden zu werben. Als Gewerkschafter und Polizist bin ich gegen jede Form von Extremismus. Magdeburg ist eine bunte Stadt und soll es auch bleiben.“

(11/02/15)